



Rolf Henrich

Rolf Henrich wurde 1944 in Magdeburg geboren. Der gelernte Bergmann studierte Jura an der Humboldt-Universität zu Berlin und eröffnete 1973 eine Anwaltskanzlei in Eisenhüttenstadt. Dort wurde er SED-Parteisekretär des Kollegiums der Rechtsanwälte, ein Amt, das er bis zu seinem Ausschluss aus dem Anwaltskollegium Anfang des Wendejahres 1989 inne hatte. Zu seinen Buchveröffentlichungen gehören neben „Der vormundschäftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ (1989) der Roman „Die Schlinge“ (2001) über einen NVA-General, der nicht Recht, sondern Gerechtigkeit sucht, und der Aufsatzband „Gewalt und Form. In einer vulkanischen Welt“ (1996).

Kontakt Dr. Rolf Henrich
Oderstraße 3
15890 Eisenhüttenstadt
Deutschland

DDR 1989: Es war ein Aufbruch in Freiheit

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Juristen und DDR-Bürgerrechtler Rolf Henrich

„Die Vormundschaft der Politbürokratie kann ohne Handlungen, welche den Machthabern als Verrat erscheinen müssen, gar nicht gebrochen werden... Wir müssen endlich das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung mit Leben erfüllen.“ Mit diesem Vorsatz, formuliert in seinem bei Rowohlt in Hamburg erschienenen Buch „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“, trat der DDR-Jurist Rolf Henrich im Frühjahr 1989 als schonungsloser Kritiker des SED-Regimes an die Öffentlichkeit. Das brisante Manuskript hatte sein Autor zeitweilig im Garten vergraben, um es vor dem Zugriff der DDR-Staatssicherheit zu schützen. Größte Vorsicht war in der Tat geboten, denn der im „Vormundschaftlichen Staat“ geübten Abrechnung mit der Wirklichkeit des Sozialismus und dessen theoretischen Grundlagen kam aus der Sicht der SED-Führung schon deshalb eine gravierende Bedeutung zu, weil Henrich der Partei seit einem Vierteljahrhundert angehörte. Die nach DDR-Recht illegale Veröffentlichung des Buches im Westen, das bei der Begründung des „Neuen Forum“ in Ostdeutschland gewissermaßen Pate stand, löste denn auch verzweifelte, aber letztlich ins Leere laufende Reaktionen der DDR-Obrigkeit aus: Rolf Henrich, SED-Parteisekretär des Kollegiums der Rechtsanwälte im Bezirk Frankfurt an der Oder, wurde aus dem Anwaltskollegium ausgeschlossen und vom Staatssicherheitsdienst streng observiert. Gemeinsam mit Bärbel Bohley und Katja Havemann gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“, später war er Vertreter des „Neuen Forums“ am Runden Tisch. Nach der Wende lehnte Henrich alle ihm angetragenen politischen Ämter ab und arbeitete wieder als Rechtsanwalt in Eisenhüttenstadt.

conturen: Herr Henrich, im Frühjahr 1989 erschien von Ihnen ein Buch, das in West und Ost sofort Furore machte. Sein Titel lautete „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus.“ Mit diesem Großessay traten Sie in die Reihe jener Kritiker wie Robert Havemann, Rudolf Bahro oder Wolfgang Harich. Wenn Sie heute auf das Jahr 1989 zurückblicken und die Situation in den Blick nehmen, in der sich

Hatte die DDR eine Chance, zu überleben?

die DDR damals befand: Hatte dieser Staat noch eine Chance zu überleben?

Der Fall der Mauer war kein Zufall, innerhalb kurzer Zeit ist der ganze Eisernen Vorhang verschwunden

Henrich: In der Form, in der die DDR seinerzeit existierte, hatte sie keinerlei Chance. Man muss 1989 und 1990 in einen größeren Zusammenhang einordnen. Es ist kein Zufall, dass nicht nur die Mauer fiel, sondern in einem historisch ausgesprochen kurzen Zeitraum der komplette Eisernen Vorhang verschwand. Was sich in den ruhmreichen Zeiten so großartig als das sozialistische Lager geriert hatte, sank von Wladiwostok bis Stendal an der Elbe in sich zusammen.

Die Vorläufer der Globalisierung

Um diese Vorgänge zu verstehen, muss man sehen, dass die DDR und mit ihr das gesamte sozialistische Lager in ein Mobilmachungsgeschehen involviert waren, das wir heute als Globalisierung bezeichnen. Das lief spätestens Mitte der 80er-Jahre auf Hochtouren. Und diese Mobilmachung durch Technik und repräsentiert durch einen neuen Homo faber, prallte gegen den Eisernen Vorhang, der eine Art Zeitmauer war. Gorbatschow, so wichtig er in diesem Rahmen gewesen sein mag, war auch nur Träger einer historischen Entwicklung, die wir alle nicht in der Hand haben.

conturen: Aber wie bewertete man das damals?

Die Stasi war nicht bereit, für den Sozialismus in der DDR ins Feld zu ziehen

Henrich: In der DDR gab es bereits seit 1985 eine Stimmungslage, die darauf hinauslief: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wenn man das einmal als richtig erkennt, dann erklärt sich auch ein seltsames Phänomen: Die DDR verfügte einerseits über einen geradezu monströsen Sicherheitsapparat, wie er kaum in irgendeinem Land überdimensionierter vorhanden war. Dazu existierte eine Partei mit über zwei Millionen Mitgliedern. Und es gibt andererseits Aktivisten in der Bürgerrechtsbewegung, die aber nie mehr als 2000, höchstens 4000 Anhänger zählten. Wenn man diese Relation ins Auge fasst, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass auch die Angehörigen dieses Sicherheitsapparates nicht wirklich bereit waren, für den Sozialismus in der DDR ins Feld zu ziehen. Die Partei war ohnehin keine Kampfgemeinschaft mehr. Das bedeutete, dass die Macht selbst schon zur Fiktion geworden war. Der Despot war nur noch ein Phantom und es war in gewisser Weise ein Gespensterkampf, der da stattfand.

conturen: Kann man sagen, dass der Staat 1989 bereits am Ende war?

Die Ereignisse im Politbüro

Henrich: Sie können das an meinem Beispiel nachvollziehen. Als das Buch „Der vormundschaftliche Staat“ am Karfreitag herauskam, war es am darauffolgenden Dienstag schon im Politbüro. Zunächst einmal ist es etwas merkwürdig, dass sich das allerhöchste Parteigremium, das Machtzentrum sozusagen, mit einem einzelnen Buch beschäftigt. Egon Krenz leitete die Sitzung. Er schlug vor, ein Gutachten vom stellvertretenden Minister für Staatssicherheit anfertigen zu lassen und mich gegenwärtig nicht zu verhaften. Einen Tag später bekam Honecker das Sitzungsprotokoll. Er schrieb seine Paraphe rechts oben rein und vermerkte „richtig“ zu dem Vorschlag von Krenz, keine strafrechtlichen Maßnahmen gegen mich durchzuführen. Vier Tage später hatte er auch das Gutachten.

Heute klingt das wie Kabarett. Aber es zeigt deutlich, dass der Despot im Grunde schon ein Phantom war. Er konnte nicht mehr zupacken und wollte es auch nicht mehr. Sonst hätte man diesen Sicherheitsapparat, den man vierzig Jahre lang vorgehalten hat, wenigstens in einer mehr sichtbaren Form zum Einsatz gebracht. Die tatsächliche Form war dann die, dass die jungen adretten Leute vom Sicherheitsdienst, als Angler verkleidet, an unserem Haus entlangliefen, eine Art Schäferwagen als Zentrale aufgefahren wurde und ein Aufklärer mit großen Fotoapparaten im Gebüsch lag.

conturen: Das heißt, es reichte nicht einmal mehr zur Einschüchterung...

Henrich: Ein vergleichbares Ereignis fand nach der Gründung des Neuen Forums statt. Ich hatte den Vorschlag gemacht, dieses Forum anzumelden. Eine Partei konnte man nicht gründen. Da bestand keine gesetzliche Grundlage, aber es gab ein Vereinigungsgesetz. Das war natürlich für Angler-, Taubenzüchter- oder Gesangsvereine gedacht, ließ jedoch auch zu, dass man einen politischen Verein gründete. Es war mir vollkommen klar, dass ein Aufschrei erfolgen würde und man unsere Anmeldung zurückweisen würde. Das geschah auch sofort. Der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke bezeichnete das Forum als staatsfeindlich.

Wenn ich aber erst einmal in die Welt hinausposaune, dass eine Vereinigung staatsfeindlich ist, muss ich die mit allen Möglichkeiten bekämpfen. Wir wurden zwar bekämpft. Es gab ganze Maßnahmenpläne. Noch im Spätherbst wurden Überlegungen angestellt, wie man mich zur Kapitulation zwingen könne. Doch wussten sie bereits, dass sie mich nicht mehr einsperren durften. Schließlich kam ihnen die Idee, mir wieder die Anwaltslizenz zu geben, damit ich beschäftigt bin. Dadurch, dass ich von einem Tag zum anderen ein Berufsverbot bekommen hatte, stand mir Zeit zur Verfügung, wie ich sie bis dato in meinem Leben nie gehabt hatte. Ich hatte eine der zehn größten Anwaltskanzleien der DDR und da hätte ich nicht im Lande herumfahren können, um die Menschen aufzuwiegeln.

conturen: Würden Sie die Forderung „Wir wollen eine andere DDR“, die auf der großen Kundgebung am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz erhoben wurde, aus heutiger Sicht als realitätsfern bezeichnen?

Henrich: Sie müssen dieses Potpourri auf dem Alexanderplatz unterscheiden von den tatsächlich kraftvollen Demonstrationen, wie sie zum Beispiel in Leipzig stattfanden. Es gab diesen Aufruf „Für unser Land“. Den hatten Christa Wolf und ein paar andere formuliert. Und den habe ich schon nicht mehr unterschrieben, nicht nur weil ich ihn für realitätsfern hielt, sondern zu dem Zeitpunkt waren die Herrschaften wirklich auf einem anderen Stern. Jedenfalls waren sie nicht mit den Menschen verbunden.

Auf dem Alexanderplatz wurde alles, was es zuvor an Auseinandersetzungen gegeben hatte, wieder verkleistert. Deshalb habe ich mich ausgesprochen dagegen gewehrt. Ich wollte die Demonstra-

Der Despot war gegen Ende schon ein Phantom

Das Neue Forum galt als staatsfeindlich

Einsperren ging nicht, also erhielt ich die Anwaltslizenz, um beschäftigt zu sein

Ein Aufruf wie von einem anderen Stern

*Professionelle
Theatermacher mit
überschäumendem
Harmoniebedürfnis*

tion selbst als Neues Forum organisieren, aber auf keinen Fall unter der Führung professioneller Theatermacher mit einem überschäumenden Harmoniebedürfnis. Also auf der einen Seite die landesweit geliebte Schriftstellerin Christa Wolf und auf der anderen Seite der Wolf im Schafspelz, nämlich Markus Wolf, der sich seit 1983 zurückgezogen hatte, weil er auch voraussah, dass der Laden zu Bruch ging. Reinhard Schultz meinte zu mir, was mache es schon, wenn Markus Wolf auftrete, er werde ausgepiffen. Das wurde er auch. Aber im Fernsehen bekam man das überhaupt nicht mit. Jens Reich wurde nämlich ebenfalls ausgepiffen, von der anderen Seite.

conturen: Die historisch-politische Kategorisierung des Endes der DDR bewegt sich zwischen den Begriffen Beitritt zur Bundesrepublik, Anschluss an die Bundesrepublik und Einverleibung durch die Bundesrepublik. Wie würden Sie diesen Akt bezeichnen?

*Die Wiedervereinigung
war ein Beitritt*

Henrich: Juristisch war es der Beitritt. Dieser Vorgang wurde im Grundgesetz klar geregelt. Das Grundgesetz sah zwar noch vor, dass das deutsche Volk sich eine Verfassung gebe, weil es ja nur als Provisorium galt. Nachdem es sich jedoch bewährt hatte, wurde es beibehalten.

conturen: Aber wie empfanden die Menschen in der DDR diesen „Beitritt“?

*Leidenschaftlicher
Aufbruch
in die Freiheit*

Henrich: Da kommen wir zu einem anderen Punkt. Deshalb unterscheide ich zwischen dem Jahr 1989 und 1990. Wenn Sie das Jahr 1989 nehmen, war es geprägt – ich verwende gerne das Wort aus Kants „Anthropologie“ – von „Freiheitsneigung als Leidenschaft“. So etwas konnte man 1989 spüren. Es war ein Aufbruch in Freiheit, aber als Leidenschaft. Und Leidenschaften entbrennen, manchmal wie ein Strohfeuer. Nach der ersten Wahl und dem Beitritt kam die große Ernüchterung. Da hieß es, ein großer Teil der Unternehmen sei Schrott und müsse auf der Stelle abgeräumt werden. Und in den Unternehmen, die bestehen bleiben durften, wurde die Belegschaft abgebaut wie im Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt, ein Stahlwerk mit 12 000 Beschäftigten. In kürzester Zeit wurde es auf etwa 2500 Beschäftigte heruntergeschmolzen. Das führte natürlich zu unglaublichen Frustrationen. Jeder kannte irgendein Paradebeispiel dafür, dass ein hervorragender Betrieb platt gemacht worden war. In Westdeutschland hatte man sich zwar vierzig Jahre lang auf die Stunde Null vorbereitet. Aber als sie kam, zeigte sich, dass man auf nichts vorbereitet war.

*Die Leute hatten
das Gefühl,
dass hervorragende
Betriebe platt
gemacht wurden*

conturen: Wie ist es zu erklären, dass man gerade dem wirtschaftlichen Transformationsprozess so ratlos gegenüberstand?

*Kaum jemand
interessierte sich für
die Wirtschaft*

Henrich: Es gab damals wenige, die sich überhaupt für die Wirtschaft interessierten. Das war auch der große Fehler innerhalb des Neuen Forums. Die Aktivisten kümmerten sich um die Moral, aber dass sich da mal jemand an die Unternehmensleiter gewandt und gefragt hätte, wie man wenigstens einige Unternehmen in Mitarbeiter GmbHs überleiten könnte, das wurde versäumt. Eine Reihe von Industrieunternehmen hätte man sicher erhalten kön-

nen, insbesondere wenn wir heute sehen, wie locker für die marodesten Unternehmen die Milliarden fließen. Wie man mich später wissen ließ, war ich der einzige, der damals den Betriebsleiter des Kombinars aufsuchte, um mit ihm zu besprechen, wie man die Transformation bewältigen könne. Danach sei nie wieder einer gekommen.

conturen: Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund Stefan Heyms Einschätzung, von der DDR werde lediglich eine Fußnote in der Weltgeschichte übrigbleiben? Die Aussage korrespondiert mit dem kürzlich erschienenen fünften Band von Hans Ulrich Wehlers deutscher Gesellschaftsgeschichte, in dem die DDR auf gerade einmal 15 Seiten abgehandelt wird...

Henrich: Das kann mich nicht kränken. Was war denn die alte Bundesrepublik? Ein ökonomischer Riese, aber ein politischer Zwerg. Das war auch nicht berauschend. Es wird sich schon zeigen. Wehler hat einen Staatsbegriff von Deutschland, hinter dem auch ein Stück Ressentiment steht. Die Westdeutschen hätten den langen Weg nach Westen geschafft, sie stünden treu zur Fahne des Imperiums, sprich Washingtons, und die im Osten hätten bis heute nichts verstanden und hielten noch an irgendwelchen alten deutschen Traditionen fest. Es ist kein Zufall, dass es lange Zeit hieß, die DDR sei deutscher als die Bundesrepublik. Das bezog sich auch auf die Frage der Staatsraison.

Nehmen Sie selbst das Verhältnis zu den Russen. Es mag geschehen sein, was auch geschehen ist. Die so genannte Stunde Null 1945 hatte nichts mit Befreiung zu tun, sondern mehr mit Massenvergewaltigung, jedenfalls im Osten. Das wissen die Menschen hier durchaus. Dennoch ist das Verhältnis zu den Russen ein geklärters und offeneres. Es ist mehr Wohlwollen für die Russen da. 1989 hielt ich im Weimarer Nationaltheater eine große Rede. Da stellte ich die Frage, ob diese Wendezeit nicht die Chance böte, zu einem anderen Verhältnis mit den Russen zu kommen. Es gibt keinen Fall, in dem die Russen die alte Bundesrepublik im Regen stehen ließen. Die geschichtliche Erfahrung der Deutschen ist, dass die Russen sich an Verträge hielten und keinen Zeitpunkt benutzten, um Deutschland zu erpressen. Von den staatlichen Institutionen ist dagegen immer zu hören, Russland sei so groß, man könne es nicht verdauen. Was heißt hier verdauen? Wir haben die Russen nicht zu verdauen. Wir haben auf einer staats- und völkerrechtlichen Ebene entsprechende Sicherungen zu treffen.

conturen: Kann von einer gelungenen Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen werden, wenn zwanzig Jahre nach diesem historischen Ereignis die einstigen DDR-Bürger im Grunde als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden, etwa in der Frage der Gehälter oder der Renten, die immer noch niedriger sind als in der alten Bundesrepublik?

Henrich: Wenn ich den Blick zurückwerfe, kann ich nicht sagen, dass die DDR-Bürger benachteiligt sind, sondern ich bin erstaunt darüber, was man den Westdeutschen zumuten konnte. Fahren Sie mal über unsere Straßen und fahren Sie in der Nähe von Freiburg im Breisgau! Ich fühlte mich in die tiefste DDR hineinversetzt,

Niemand überlegte, wie man die Unternehmen erhalten könnte

Die alte Bundesrepublik war ein ökonomischer Riese, aber ein politischer Zwerg

Die Stunde Null 1945 hatte nichts mit Befreiung zu tun, sondern mehr mit Massenvergewaltigung

Die Russen hielten sich an Verträge und benutzten sie nicht, um Deutschland zu erpressen

DDR-Bürger sind nicht benachteiligt

*Knurrende
Solidarität*

was die Autobahnen angeht. Wenn wir das berücksichtigen, dann gab es sehr viel Solidarität, zwar knurrend, aber nie ernsthaft infrage gestellt.

*Das Vorbild der
Vertriebenen*

Das schließt nicht aus, dass Menschen sich als Verlierer begreifen. Einen Diplomingenieur kann man im Hinblick auf seine Rente noch so gut ausstatten, wenn er mit 47 Jahren entlassen wurde und jahrelang tingeln musste, um wenigstens irgendetwas Vergleichbares zu finden, dann lebt er sein Dasein in der Vorstellung, alles sei umsonst gewesen. 40 Jahre waren umsonst. Ich verstehe die Menschen, die so denken. Aber dass es uns materiell besser geht, ist eine Tatsache. Auch bin ich überzeugt, dass es einen Effekt geben wird. Es wird nämlich genau dasselbe passieren wie bei den Vertriebenen in der alten Bundesrepublik. Die hatte auch keiner mit Wohlwollen empfangen. Sie fühlten sich als Menschen zweiter Klasse. Dann aber brachten sie überproportional viele Aufsteiger hervor bis hin zu unserem allseits geliebten Bundespräsidenten.

conturen: Seit gut einem Jahr wird darüber diskutiert, ob die DDR nun in toto ein Unrechtsstaat war oder nicht. Dabei werden verschiedene Zuschreibungen vorgenommen. Was war die DDR aus Ihrer Sicht als Jurist?

*Die DDR war kein
Rechtsstaat*

Henrich: Zunächst verstand die DDR sich selbst als Diktatur des Proletariats. Und das sehr lange Zeit. Auch später, als meist der Begriff Volksstaat verwendet wurde, ließ man den Begriff Diktatur des Proletariats nie fallen. Und natürlich war die DDR kein Rechtsstaat. Dazu fehlte ihr die Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Sozialgerichtsbarkeit. Die hatte man nämlich 1958 auf der Babelsberger Konferenz der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR zerschlagen. Wenn eine Verwaltungsgerichtsbarkeit fehlt und man auf Bitten, Betteln und Beschwerden angewiesen ist, dann kann man nicht von einem Rechtsstaat sprechen.

*Verfahren wegen
staatsfeindlicher
Hetze waren durch-
gestellte Prozesse*

Im Bereich des politischen Strafrechts war alles nur Schein. Da war der Verteidiger das Feigenblatt vor der Blöße der Justiz. Hatte ich einen Mandanten, der wegen staatsfeindlicher Hetze vor Gericht kam, dann waren das durchgestellte Prozesse. Selbst wenn der Richter vom Strafantrag des Staatsanwalts abwich, war das zuvor so festgelegt worden. Das Einzige, was ich machen konnte, war, ehrlich zu meinem Mandanten zu sein und ihm zu sagen, dass ich juristisch gar nichts zu bewirken vermochte. Das Verrückte war, dass man diese Rechtsillusion den Leuten kaum austreiben konnte. Es war keine leichte Aufgabe, einen Mandanten im Gespräch so vorzubereiten, dass er das Ganze durchschaute und sich keine Illusionen machte. Selbst Mandanten, die noch so sehr gegen die DDR eingestellt waren, glaubten an das DDR-Gericht. Sogar die Bürgerrechtler hingen solchen Rechtsillusionen an.

conturen: Aber würden Sie die DDR-Diktatur mit der NS-Diktatur gleichsetzen?

*Kein Vergleich mit
anderen Diktaturen*

Henrich: Nein. Ich würde sie nicht einmal mit der Sowjetunion gleichsetzen. In den frühen 50er-Jahren fanden in der DDR Prozesse gegen angebliche Nazi-Verbrecher statt, die von den Russen

aus ihren Internierungslagern den DDR-Behörden übergeben worden waren. Da machte sich die DDR meines Erachtens wirklich schuldig. Aber auch diese Zahlen halten keinem Vergleich stand.

Vergessen Sie nicht, dass es die alte Bundesrepublik gab, die insofern segensreich wirkte, als man hier nicht dachte, man könne machen, was man wolle. Das sah man schon an dem Theater, das sie mit Robert Havemann vollführten. Da musste extra eine alte Verwaltungsverordnung herausgesucht werden: Hausarrest. Ich wusste gar nicht, dass es so etwas gab. Das war auch schon kein richtiges Zupacken mehr. Hausarrest wäre zumindest nicht Gulag. Das mit dem Dritten Reich zu vergleichen, ist wirklich verfehlt. Da waren die Nazis aus einem anderen Holz geschnitzt. Die DDR stand doch immer unter Beobachtung und Rechtfertigungszwang.

conturen: Wie ist es zu erklären, dass es nach der Wende insgesamt nur zu wenigen Prozessen in Sachen DDR-Unrecht kam?

Henrich: 20.000 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Der Berg kreißte und geboren wurde ein Mäuschen. Etwa 200 Verurteilungen, die man kaum noch Verurteilungen nennen kann, kamen zustande. Etwa zwei Dutzend wurden eingesperrt. Ich selbst habe zwei sehr prominente Fälle verteidigt und zwar vertrat ich einen Mann, der Chef der Pioniere der Nationalen Volksarmee war, die bis 1978 für die aufgebauten Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze zuständig war. Es ging um ein halbes Dutzend Menschen, die an diesen Anlagen zu Tode gekommen waren. Der Mann wurde zu neun Monaten, ausgesetzt auf Bewährung, verurteilt. Aber die Verurteilung war ein Krampf. Denn natürlich hatte die DDR keine Gesetze geschaffen, nach denen dieser General sich schuldig gemacht hätte. Um dennoch eine Verurteilung zu ermöglichen, holte der Richter die alte Radbruch'sche Formel aus der Versenkung. Diese Formel besagt, dass selbst wenn eine Rechtslage klar umschrieben sei, könne das Ganze so sehr gegen das Rechtsdenken aller billig Denkenden stehen, dass es doch Unrecht und zu bestrafen sei. In der alten Bundesrepublik wurde diese Formel nie angewandt. Da musste immer positives Recht vorliegen. Sie in so einem Fall anzuwenden, war natürlich verlogen und der Richter war sich dessen auch bewusst. Die Verurteilung hätte auf der Grundlage von DDR-Gesetzen erfolgen müssen.

conturen: Auf dieser Grundlage hätte man aber das Unrecht niemals gutmachen können.

Henrich: Ich halte nichts davon, das Recht hinterher zu benützen, um nachzuarbeiten. Das können Sie schon bei Kant nachlesen. Kant unterscheidet die revolutionären Zeiten. Das sind Zeiten der Gesetzlosigkeit. Eine Revolution hat immer Zeiten der Gesetzlosigkeit. Da kocht das Blut und da werden Leute aus dem Fenster geschmissen. Aber dann, wenn wieder Frieden eingetreten ist, dürfen wir das Recht nicht für ideologische Zwecke benützen.

conturen: Wir erleben in der Bundesrepublik gegenwärtig Einschränkungen des Grundgesetzes. Wie schätzen Sie vor diesem

Hausarrest war nicht Gulag

Nach dem Ende der DDR wurden 20.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 200 Verurteilungen ausgesprochen

Verurteilungen hätten auf der Grundlage von DDR-Gesetzen erfolgen müssen

Eine Revolution hat immer Zeiten der Gesetzlosigkeit

Der freiheitliche Staat basiert auf Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann

Hintergrund die Zukunft des demokratischen Rechtsstaates in Deutschland ein? Wird er trotz dieser Tendenzen Bestand haben?

Henrich: Ich bin skeptisch. Für mich gilt eine Formel: Der Mann steht für den Eid und nicht der Eid für den Mann. Anders ausgedrückt: Ich bin ein großer Verfechter von Ernst-Wolfgang Böckenförde. Das war ein berühmter Verfassungsrichter, ein genialer Jurist und der sagte: Der freiheitliche Staat basiert auf Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Gemeint ist damit die freiheitliche Daseinsweise, die wir praktizieren und die die eigentliche Basis bildet.

Hass soll bestraft werden – da gerät man leicht zu einem Gesinnungsstrafrecht

Das Grundgesetz, das die freiheitliche Grundordnung festschreibt, stellt uns die Spielregeln zur Verfügung. Aber ob es mit unserem Rechtsstaat und mit unserem Grundgesetz bergab geht, hängt von unserer Lebensweise ab, ob die freiheitlich bleibt und zwar auch in einem Punkt, an dem es schwierig wird. Warum wird in unserer Justiz allmählich, jedenfalls in manchen Amtsgerichten, eine Tat, die von rechts kommt, anders beurteilt? Bin ich da nicht schon nahe am Gesinnungsstrafrecht, das wir alle nicht wollen? Die Schwierigkeit, die es auszuhalten gilt, besteht gerade darin, dass ich auch dem die Wohltaten unseres Rechtsstaates und unserer freiheitlichen Ordnung zugestehen muss, der nicht mit meiner Gesinnung übereinstimmt. Plötzlich soll Hass bestraft werden. Da gerate ich sofort ins Gesinnungsstrafrecht. Ich muss rechtsextreme Dumpfbacken nicht lieben. Aber ich möchte nicht, dass ihnen aus ideologischen Gründen die Wohltaten des freiheitlichen Rechtsstaates genommen werden.